



Beschluss

der 19. Landesdelegiertenversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Wachstum wirkt

Wirtschaftswachstum ist nicht nur eine Zahl.

Wirtschaftswachstum verdeutlicht, ob eine Region oder ein Staat am Innovationsprozess und am Produktivitätsfortschritt teilnimmt oder nicht. Im Jahr 2015 gab es kein Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen. Diese „Null“ ist das klare Signal, dass die Landespolitik der vergangenen Jahre einen Stillstand im Land zu verantworten hat, den die Menschen auch tagtäglich spüren, und das Nordrhein-Westfalen von vielen anderen Regionen in Deutschland im negativen Sinne unterscheidet. Das bundesdeutsche Wachstum lag im Jahr 2015 bei 1,7%. Die westdeutschen Flächenländer (ohne Nordrhein-Westfalen) wuchsen 2015 sogar um 2,2%.

Der Befund ist eindeutig:

Diese anhaltende Wachstumsschwäche führt laut McKinsey zu jährlich mehr als 3 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen, würde man das gleiche Wachstum wie in anderen westdeutschen Flächenländern vorweisen können. Dabei hat NRW zuletzt (2014) mehr neue Schulden aufgenommen als alle anderen 15 Bundesländer zusammen. Hinzu kommen etwa 300.000 Arbeitsplätze, die in NRW entstehen könnten, wenn wir zu diesen vergleichbaren Bundesländern aufschließen.

Heute liegt die Arbeitslosenquote um etwa 40% höher als in den anderen westdeutschen Flächenländern. Arbeit hat einen moralischen Wert an sich und Arbeitslosigkeit erhöht das Armutsrisiko für Familien. Die Hans-Böckler-Stiftung hat für NRW eine Armutsrisikoquote in 2014 von 23,6% errechnet. Das sind fast drei Prozentpunkte mehr als 2010 und diese liegt damit weit über dem Schnitt der westdeutschen Bundesländer von 17,8%. Wer kein Kind zurücklassen will, der sollte vor allem die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen durch eine Wachstumspolitik

aktiv bekämpfen. Denn das größte Armutsrisiko für Kinder ist die Arbeitslosigkeit der Eltern.

Fehlendes Wirtschaftswachstum wirkt immer von beiden Seiten auf die Systeme ein. Es nimmt dem Staat Handlungsspielräume für Investitionen und es erhöht den Druck auf die Systeme durch Wohlstandsverluste, sozialen Abstieg oder Nicht-Aufstieg und durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit.

Nordrhein-Westfalen braucht wieder eine Wirtschaftspolitik mit einem klaren Kompass, der auf Produktivität, Wachstum und damit auf Wohlstand zielt.

Schon seit den 80er Jahren kritisieren wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung immer wieder, dass Nordrhein-Westfalen den Anschluss verliert, dass unser Bundesland massive Wohlstandsverluste verkraften muss. Dies ist eine Folge geringeren Wachstums als in anderen vergleichbaren Bundesländern.

Und wer offenen Auges durch unser Land geht, der sieht dies auch überall: In den Städten, an der maroden Infrastruktur wie kaputten Straßen und Brücken. Nicht nur staatliche Investitionen fehlen, sondern auch private. Kommunen am Rande der Handlungsfähigkeit können nur noch improvisieren. Wirtschaftspolitik hat in unserem Land zuletzt nur noch die Funktion gehabt, das Schlimmste zu verhindern. Neue Impulse sind nur selten zu erkennen. Das Klima in wesentlichen Branchen in Nordrhein-Westfalen ist schlecht. Dies spiegelt sich nicht zuletzt an fehlenden oder ins Ausland gehenden Investitionsvorhaben. In einer Anfang des Jahres vom Verband der Metall- und Elektroindustrie NRW veröffentlichten Studie heißt es, dass in dieser Branche die Verlagerung von Produktionsaktivitäten rapide ansteigt. Bereits heute fließen 40% der Investitionen aus der Metall- und Elektroindustrie ins Ausland. In fünf Jahren soll der Wert sogar bei fast 50% liegen. Der Optimismus der Unternehmer und Arbeitnehmer ist geschwunden und damit auch der Stolz auf ein Nordrhein-Westfalen, welches Chancen eröffnet und unternehmerischen Mut belohnen könnte.

Unsere feste Überzeugung als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung ist, dass es anders geht. Der Beleg dafür sind 5 Jahre mit einer CDU-geführten Landesregierung,

von 2005 bis 2010, in denen deutliche Signale einer Erholung zu erkennen waren. Nordrhein-Westfalen muss nicht immer Schlusslicht sein. Aber um diesen Aufstieg zu erreichen, bedarf es einer Landespolitik aus einem Guss, in der nicht Umweltpolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik gegeneinander kämpfen, sondern die ein gemeinsames Konzept und ein gemeinsames Ziel im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes hat.

Erste Erkenntnis dabei ist, dass unser Land nicht mehr durch einen klassischen Strukturwandel daran gehindert wird, ein Aufsteigerland zu sein. Sondern es sind strukturelle Verkrustungen und Regulierungen, die wirtschaftlichen Erfolg für Unternehmen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen behindern und bremsen. Wir glauben, dass eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen vertraut und etwas zutraut, diese Verkrustungen langfristig wird aufbrechen können. Wir möchten diese Politik in Nordrhein-Westfalen umsetzen.

I. Ohne Wachstum bleiben wir Letzter

Der Befund zeigte, dass schlechte Wirtschaftsentwicklung auch weniger Steuereinnahmen und damit weniger Geld für Investitionen bedeutet.

Ohne Wachstum kein Geld für Infrastruktur

Unser Bundesland hat natürlich, neben der Tatsache, dass vorhandene Bundesmittel für den Straßenbau in vielen Jahren nicht oder nicht komplett abgerufen wurden, auch kaum Investitionsspielräume darüber hinaus. Dabei gab man alleine 2015 48 Millionen Euro mangels fertiger Planungen beim Fernstraßenbau zurück. Von 2,7 Milliarden Euro aus den Sonderprogrammen des Bundes konnte NRW nur 128 Millionen Euro abschöpfen, weil keine baureifen Projekte vorlagen. Darin zeigt sich nicht nur die schlechte Umsetzung von Förder- und Investitionsprogrammen, sondern hierin spiegelt sich auch die Blockadepolitik vor allem der Grünen wieder, die funktionierende Modernisierungs- und Ausbaustrategien für unsere Infrastruktur und vor allem unsere Verkehrswege systematisch und ideologisch verhindern wollen.

Mangelnde Investitionen betreffen auch Landesstraßen, Stadtsanierung, digitale Infrastruktur und öffentliche Gebäude. Dies ist nicht nur dort der Fall, wo das Land selbst in der Pflicht und Verantwortung wäre, zu erneuern oder auszubauen, sondern auch dort, wo Kommunen aufgrund einer völlig verfehlten Gemeindefinanzierungspolitik des Landes handlungsunfähig werden.

Ohne Wachstum kein Geld für Sicherheit

Wirtschaftlicher Abstieg eines Landes geht einher sowohl mit sozialem Abstieg vieler Menschen als auch mit strukturellem Verfall. Wenn öffentlicher Raum und Infrastruktur verfallen, so ist zumeist auch Sicherheit – mindestens das Sicherheitsgefühl - in Frage gestellt.

Fehlende Staatseinnahmen führen zu unterfinanzierten Sicherheitsorganen, wie Polizei und Ordnungsdiensten. Diebstähle und Einbrüche lassen im privaten Bereich ein Gefühl der Unsicherheit und des Vertrauensverlustes in den Staat zurück. Im gewerblichen Bereich werden diese auch zu einem negativen Standortfaktor. Es gibt Ghettoisierung durch fehlende öffentliche Investitionen in der Stadtteilpolitik.

Wenn der Staat nicht mehr als ausreichend präsent und handlungsfähig wahrgenommen wird, so ist der Rechtsrahmen für ein soziales Miteinander, aber auch der Wirtschaftsstandort und dessen Stabilität mittelfristig in Frage gestellt.

Ohne Wachstum kein Geld für Bildung

Wirtschaft braucht gerade in Zeiten der Digitalisierung gut ausgebildete Arbeitskräfte. Es werden Menschen mit neuen Kompetenzen in den nächsten Generationen benötigt. Arbeitnehmer brauchen Kompetenzen, die oftmals technischer Art sind, aber auch sozio-kulturelle Kompetenzen, die einem Erfolgsstandort in einer globalisierten Welt entsprechen. Laut OECD sind Produktivitätsgewinne nur noch dort zu erreichen, wo man hochinnovativ ist. Deshalb muss wieder mehr investiert werden in die Vernetzung von Hochschulen und Wirtschaft, um hier die Grundlage für Produktivitätssteigerungen und Wachstum in der Zukunft zu legen.

Es fehlt heute viel Geld im Bildungssystem. Die Gebäude, die technische Ausstattung und ein modernes Arbeitsumfeld sind bestenfalls noch punktuell Vorzeigeprojekte. In der Fläche fehlt es an Vielem. Vor allem die soziale Struktur leidet in vielen Brennpunktschulen. Arbeitslosigkeit der Eltern, nicht gelingende Integration weder in die Sozialstrukturen noch in den Arbeitsmarkt verschärfen die Probleme der Kinder.

Viele dieser Probleme beschreiben Unternehmerverbände, wie auch Gewerkschaften und Sozialverbände gleichermaßen. Und abseits parteipolitischer Diskussionen ist man sich auch einig, dass nur ein wirtschaftlich erfolgreiches Nordrhein-Westfalen die Grundlagen für gute Löhne, Unternehmensgewinne, mehr Investitionen und stabile Staatseinnahmen aller Ebenen legen kann.

II. Belastungen abbauen - neues Handeln zugunsten des Standortes

Ein Bundesland, dem alle Experten zum Beispiel eine sehr hohe und immer weiter steigende Regelungsdichte und zeitgleich deutlich zu geringe Investitionen in die wichtigsten Handlungsfelder, eine zu geringe Selbstständigenquote, zu hohe Steuern, eine zu geringe Frauenerwerbsquote attestieren, muss seine wirtschaftspolitische Kultur grundlegend verändern.

Wirtschaftspolitik als Treiber

Grundvoraussetzung für eine Veränderung der Standortpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen ist ein Mentalitätswechsel in der Landespolitik. Die Schwächung der Wirtschaftspolitik Nordrhein-Westfalens in den letzten Jahren kann man an der Schwächung des Wirtschaftsministeriums ablesen. Wichtige Zuständigkeiten in der Landesplanung und in der Energiepolitik wurden entzogen.

Das muss sich ändern: Landesplanung und Energiepolitik sind in erster Linie Wirtschaftspolitik. Noch wichtiger aber ist: Unser Land braucht eine gemeinsame Ausrichtung aller Politikbereiche auf Wachstum, weil dies existentiell für größere Lösungsspielräume aller Ressorts ist.

Landespolitische Entscheidungen haben direkte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Daher fordern wir ein klares Commitment einer neuen Landesregierung auf eine Politik aller Ressorts aus dem Blickwinkel des Wirtschaftsstandortes. Um Wettbewerbsverzerrungen zulasten des Standorts NRW durch verschärfende Landesregelungen auszuschließen, müssen die Vorgaben der EU und des Bundes künftig 1:1 in Landesrecht umgesetzt werden und dürfen nicht noch darüber hinaus gehen.

Klimaschutzgesetz

Klimaschutz ist eine internationale Aufgabe, denn Umwelt- und Klimaverschmutzung machen nicht vor Landesgrenzen halt. Es bestehen bereits sehr weitgehende Regelungen – wie der CO₂-Zertifikatehandel -, die eine separate Klimaschutzpolitik durch das Bundesland Nordrhein-Westfalen unnötig machen. Erfahrungen zeigen, dass durch die Verlagerung von energieintensiven Produktionen aus Ländern mit hohen Klimaschutzauflagen in Länder mit geringerem Schutz dem Klimaschutz ein Bärendienst erwiesen wird. In China werden beispielsweise pro Tonne produziertem Stahl 38% mehr CO₂ ausgestoßen. So wird Klimaschutz zum Klimakiller.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Nordrhein-Westfalen erwartet die Aufhebung des bestehenden Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen.

Trotzdem bleibt eine innovationsorientierte Förderung der Industrie- und Gewerbestrukturen auch im Hinblick auf klimaschonende Technologien ganz oben auf unserer Agenda. „Innovationen“ sind Lösungen für den Klimaschutz, nicht „Vorschriften“.

Energie für und aus Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nummer eins. Ein Drittel der industriell genutzten Energie wird in Nordrhein-Westfalen verbraucht. Nordrhein-Westfalen ist das Land der energieintensiven Industrien, die hoch effizient arbeiten. Damit Nordrhein-Westfalen zum Kernland der deutschen Energiewende wird, die große Chancen gerade für mittelständische Betriebe bietet, und gleichzeitig Hort der Versorgungssicherheit bleibt, plädieren wir für eine weitere

Braunkohleverstromung, solange sie im Übergang zur Versorgungssicherheit benötigt wird. Wir befürworten eine stärkere Nutzung der Windenergie und eine Intensivierung des Repowering, wir fordern mehr Investitionen in die Entwicklung und den Ausbau von Smart Grids und modernen Speichertechnologien sowie mehr technologieoffene Ausschreibungen von Energieleistungen und eine forcierte Marktintegration der Erneuerbaren.

Tariftreue- und Vergabegesetz

Kommunale Investitionen und die Laufzeit von Investitionsprozessen durch die Städte und Gemeinden hängen maßgeblich von der Komplexität des Vergaberechts ab. Die Auftragsvergaben der Kommunen wurden nachweislich verteuert. Dies ist ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Ohne schnelle und eigenverantwortliche Vergaben wird in diesem Land der Investitionsstau bleiben. Deswegen fordern wir die Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes, das zu einem Symbol der Bürokratisierung geworden ist. Gleichzeitig ist die Abschaffung auch eine Stärkung der Räte und der Kommunalpolitik. Unser politisches Bekenntnis ist die Stärkung, statt der Verantwortungszug durch höhere Ebenen.

Das bestehende Mittelstandsgesetz mit neuem Leben füllen

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung stand einem rot-grünen Mittelstandsgesetz immer skeptisch gegenüber – mit gutem Grund: Noch vor dem Inkrafttreten wurden belastende Gesetze beschlossen, ohne sie später dem Mittelstandsbeirat vorzulegen. Auch später wurden den Mittelstand belastende Gesetze, wie beispielsweise das Landeswassergesetz, nicht vorgelegt. Einen Mittelstandsbeirat als Gremium mit Feigenblattfunktion wollten wir verhindern.

Nach einem Regierungswechsel besteht die Chance, das bestehende Mittelstandsförderungsgesetz zu einem effizienteren Instrument zu entwickeln. Deswegen fordern wir erneut eine Novelle des Mittelstandsförderungsgesetzes. Die Clearingstelle soll ein Initiativrecht bekommen und auch bestehende Gesetze und Verordnungen auf ihre Standortfeindlichkeit hin untersuchen lassen. Zudem soll auch eine Landtagsminderheit der Clearingstelle Rechtsakte zur Prüfung vorlegen können. Wir wollen einen starken Mittelstand.

Moderner Handel

Nordrhein-Westfalen als Handelsplatz und als Standort großer Handelsketten und Logistikunternehmen muss ein besonderer Standort bei der Digitalisierung des Handels werden. Der digitale Wandel setzt unsere Handelsstrukturen unter Druck. Online kann man 24 Stunden an sieben Tagen die Woche kaufen. Erste Handelsunternehmen denken über Lieferungen am selben Tag – auch an den Wochenenden - nach. Wir werden diese Entwicklung mit Landesgesetzen nicht aufhalten, aber wir wollen eine Evaluierung des Ladenöffnungsgesetzes und ein Marktgesetz, um eine möglichst gute Entwicklung unserer Innenstädte zu ermöglichen.

Standortpolitik muss ermöglicht und nicht nur zelebriert werden

Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen braucht mehr als schöne Worte. Es geht um klare Kriterien für Investitionsentscheidungen. Flächenverfügbarkeit und der enorme Aufwand bei Flächenentwicklungen, (güter-)verkehrliche Anbindung, Verfahrensdauern und -hindernisse für Industrieprojekte, Energiekosten, kommunale Hebesätze, Verlässlichkeit von landespolitischen Grundsatzentscheidungen, Investitionsförderung, Hochschulpolitik und Exzellenzentwicklung an Hochschulen und Fachhochschulen, projektorientierte und steuerliche Forschungsförderung und vieles mehr gehören dazu.

Lange Wertschöpfungsketten, die mit energieintensiven Industrien beginnen, unterscheiden uns von vielen anderen Standorten. Durch den hohen Anteil von 22,2% der industriellen Wertschöpfungskette konnte Deutschland die Finanzkrise 2008 und 2009 im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern gut und schnell überstehen. Ein starker industrieller Kern und die Fähigkeit zur Beherrschung komplexer industrieller Wertschöpfungsketten werden dazu immer mehr zum Schlüssel für internationale Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen muss der schleichenden Deindustrialisierung in NRW entgegengewirkt werden. Wir bekennen uns zum Industrieland Nordrhein-Westfalen, weil wir uns dessen bewusst sind.

Unsere Aufgabe als Politik ist es, Rahmenbedingungen zu setzen, die es ermöglichen neue Branchen hier anzusiedeln, bestehende Branchen zu stärken und deren Sprung in das Zeitalter der Wirtschaft 4.0 zu ermöglichen. Dies gilt für die Industrie und den gesamten gewerblichen Mittelstand und zurzeit insbesondere für Banken und Versicherungen.

Viele dieser Themen sind landespolitisch, einige auch bundespolitisch verortet. Manches ist nur durch eine offensive Einflussnahme für die Interessen unseres Bundeslandes in Europa in die richtige Richtung zu lenken. In all diesen Feldern wollen wir einen neuen Schwung – gemeinsam und abgestimmt mit der Wirtschaft in unserem Land. Dazu bedarf es einer starken nordrhein-westfälischen Stimme in der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik und auf europäischer Ebene.

Fokus auf den Arbeitsmarkt der Zukunft

Gut qualifizierte, leistungsmotivierte und gut bezahlte Mitarbeiter sind das Rückgrat des Standorts Deutschland und natürlich auch des Industrielandes Nordrhein-Westfalen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung stimmt dem Deutschen Gewerkschaftsbund NRW zu, wenn er im Hinblick auf „NRW 2020“ formuliert: „unzureichende Ausbildung, prekäre Beschäftigung und schlechte Arbeitsbedingungen sind Gift für den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen“.

In einer sich rasant wandelnden Wirtschaftswelt wandelt sich auch die Arbeitswelt. Tarifpartner, Gesellschaft und Staat müssen die geänderte Arbeitswelt gestalten. Eine mit Bürokratie überfrachtete Arbeitsmarkt- und Arbeitsschutzpolitik kann einen Standort gefährden. Die letzten Initiativen der Bundesarbeitsministerin tragen dieser Entwicklung keine Rechnung.

Wir glauben daran, dass Praktiker im Rahmen der Tarifpartnerschaft besser wissen, was nötig ist, als der Gesetzgeber. Der Staat ist vor allem bei der Ermöglichung lebenslangen Lernens und einer Flexibilisierung des Einstiegs in die Rente in der Pflicht, den geänderten Bedingungen Rechnung zu tragen.

Soziale Sicherheit und Qualifizierungsperspektiven für unsere Arbeitnehmer sind uns ebenso wichtig wie Flexibilität und Eigenverantwortlichkeit von Unternehmen und Mitarbeitern.

Teurer Standort kommt teuer

Die Steuerbelastung der Bürger, aber auch von Betrieben und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ist zu hoch. Natürlich gibt es erhebliche Unterschiede in der Bundesrepublik, meist mit schlechten Platzierungen für Nordrhein-Westfalen. Auch das macht es nicht attraktiver, in Nordrhein-Westfalen einen Unternehmenssitz hier zu erhalten oder hierher zu verlagern.

Kommunale Steuern sind die direkte Verantwortung der Landesregierung. Nordrhein-Westfalen hat in seinem Gemeindefinanzierungsgesetz eine strukturell angelegte Steuererhöhungsspirale. Diese ist ein wichtiger Grund dafür, dass in anderen Bundesländern deutlich geringere Gewerbesteuer- aber auch Grundsteuern erhoben werden. Der Vergleich zeigt, dass Nordrhein-Westfalen auch in diesem Bereich leider Spitze ist. Der durchschnittliche Gewerbesteuer-Hebesatz in nordrhein-westfälischen Kommunen beträgt 442 Punkte – 105 Punkte über dem bayerischen Durchschnitt.

Der strukturelle Ansatz eines mittleren Gewerbesteuerhebesatzes als Benchmark für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Ausschüttung von Schlüsselzuweisungen treibt die kommunalen Räte zu immer neuen Steuererhöhungen. Wir wollen eine strukturelle Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes, die diesen Teufelskreis auflöst.

Um einen weiteren erheblichen Standortnachteil für Nordrhein-Westfalen auszugleichen, plädieren wir für eine Rücknahme der Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

Mittelfristig möchten wir Nordrhein-Westfalen als Treiber in der Steuerpolitik der Bundesrepublik sehen: Gewerbesteuer, Mehrwertsteuer, Einkommensteuer - es gibt überall Reformbedarf. In einer neuen Wirtschaftswelt müssen auch solide

Staatsfinanzen neu gedacht werden. Nordrhein-Westfalen muss hier wieder federführend sein.

Wohlstand braucht auch in Zukunft Fläche

Der ständige Verweis auf ehemalige Montanareale im Ruhrgebiet verkennt Ansiedlungsprobleme überall im Land. Die real wirklich nutzbaren Flächen sind knapp und bekannt. Alle anderen Flächen sind planerisch aufzugeben. An ihrer Stelle sind möglichst in der gleichen Region neue Flächen für Gewerbe und Industrie auszuweisen. Damit überhaupt noch neue industrielle Produktion möglich ist, müssen alle Abstandsregeln auf den Prüfstand. Hierzu bedarf es einer Initiative auf Bundes- und EU-Ebene. Wir wollen Bestandsschutz für Gewerbe und Industrie und keine zusätzliche Belastung auch bei neuer oder veränderter Nutzung.

Nur so können wir anknüpfen an die Tradition von Leben und Arbeiten auf engstem Raum in den Ballungszentren und Zersiedlung im ländlichen Raum vermeiden.

Das Schaffen von Belastungen für ein Nebeneinander, insbesondere von Industrie und Wohnen, wie unlängst durch eine NRW-Bundesratsinitiative zur Umsetzung der Seveso III-Richtlinie, ist abzulehnen.

Bildung ist wichtiger Wirtschaftsfaktor

Gute Bildung spielt in der Vorbereitung auf das Berufsleben eine enorme Rolle. Dem Slogan „Kein Kind zurücklassen“ zum Trotz wurden im Jahr 2012 in Nordrhein-Westfalen für öffentliche allgemeinbildende Schulen 6.000 Euro je Schülerin und Schüler ausgegeben. Das ist der letzte Platz im Vergleich aller Bundesländer. Für nordrhein-westfälische Schüler wird im Schnitt 800 Euro weniger ausgegeben als im bundesdeutschen Durchschnitt. Spitzenreiter Hamburg und Thüringen investierten je 8.500 Euro. Stattdessen brauchen wir technikaffine Bildung. So kommt Digitalisierung bei uns in den Schulen an.

Die beste Sozialpolitik ist nicht irgendeine Bildung, sondern die Bildung, die auch Kinder aus schwierigem Umfeld fit macht für den Arbeitsmarkt. Dazu zählt zuerst,

dass Unterricht in den Schulen stattfindet. Zahlen über Unterrichtsausfälle werden von der aktuellen Landesregierung nicht erhoben. Aber Unterrichtsstunden, die nicht stattfinden, schaden besonders den Kindern, die den Ausfall nicht noch irgendwie in der eigenen Familie kompensieren können. Eine vom Lehrerverband Bildung und Erziehung (VBE) in Auftrag gegebene Umfrage zur Situation der Grundschulen in Nordrhein-Westfalen offenbart, dass ein Grundschüler in Nordrhein-Westfalen bis zum Ende des 4. Schuljahres ein Halbjahr weniger Unterricht bekommt als ein Schüler in Bayern.

Dabei will die MIT eine Abkehr von dem immer wieder suggerierten Bild des Abiturs als alleine selig machenden Ausbildungsabschluss. Für uns sind Abiturabschlussquoten oberhalb der 50% und hohe Übergangsquoten Schule-Universität keine Qualitätskriterien eines Schulsystems. Für uns sind Arbeitsplatzzugang und Wohlstand, die Chance, eine Familie zu gründen und zu ernähren, Arbeit in einem Beruf, der zufrieden macht, Erfolgskriterien.

Die Einrichtungen der dualen Ausbildung müssen den wachsenden Herausforderungen gerecht und finanziell gut ausgestattet werden. Wir wollen, dass duale Ausbildung als attraktive Qualifizierung für praktisch veranlagte Menschen angesehen wird. Um die Attraktivität der beruflichen Bildung zu steigern, setzen wir uns für hochwertige Fort- und Weiterbildungsangebote in der beruflichen Bildung auf Augenhöhe mit akademischer Qualifizierung ein. Wir befürworten einen verbesserten Zugang zur Fachlehrerqualifizierung für Absolventen beruflicher Bildung, insbesondere für Meister.

Des Weiteren fordern wir eine Innovationsoffensive an unseren Schulen, die – auch in enger Einbindung der Wirtschaft – unsere Schüler fitter macht. Als Beispiel dient die „Lernfabrik 4.0“. Seit Sommer 2015 werden an baden-württembergischen berufsbildenden Schulen Auszubildenden industrielle Fertigkeiten vermittelt, intelligente Produktionsprozesse trainiert und mittelständische Unternehmen für die Herausforderungen des digitalen Wandels sensibilisiert.

Das Hochschulfreiheitsgesetz war die Grundlage für die erfolgreiche Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft sowie die Ausweitung der Einwerbung von Drittmitteln.

Waren Autonomie und Freiheit Ausgangspunkt für den Erfolg unserer Hochschulen, atmet das rot-grüne Hochschulgesetz von September 2014 einen ganz anderen Geist, das Engsteuerung vorsieht, Flexibilität nimmt, Sanktionen einführt, Bürokratie steigert.

Da die Erhöhung der Finanzmittel für die Hochschulen nicht mit der Steigerung der Studierendenzahlen in den letzten Jahren Schritt hielt, reduzierten sich die Mittel pro Studierendem. Bei der Finanzierung der Fachhochschulen liegt NRW auf dem viertletzten Platz, bei den Universitäten trägt NRW die rote Laterne auf dem letzten Platz.

Gemeinsam mit den Hochschulen muss das Land die überfällige Evaluation der Hochschulgesetzgebung durchführen, um anschließend die 2014 begangenen Fehler zu beheben.

Die Hochschulen können nicht der Reparaturbetrieb für zuvor verursachte Defizite sein. Stattdessen bedarf es bereits in der Schule einer Vorbereitung, die zu einer „allgemeinen Hochschulreife“ führt und zu einem erfolgreichen Studium befähigt. Kurzfristig müssen Hochschulen dabei unterstützt werden, durch landesweite Eingangstests bereits zu Beginn eines Studiums sicherzustellen, dass Studienanfänger fähig sind, den von ihnen gewählten Studiengang auch erfolgreich abzuschließen.

Die Wirtschaft spielt eine wichtige Rolle als Ideengeber, damit Forschung und Entwicklung marktfähige Innovationen hervorbringen. Die Hochschulen haben die gewonnene Freiheit verantwortungsvoll genutzt. Dies gilt es künftig fortzusetzen. Eine zentrale Aufgabe wird sein, Innovationsprozesse in Wissenschaft und Wirtschaft so zu unterstützen, dass die Unternehmen als Partner in Innovationsnetzwerke mit Forschung und Wissenschaft eingebunden werden.

Infrastruktur als Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Standort NRW

Jede Wirtschaftsförderungs- und jede Marketingmaßnahme für unser Bundesland ist vergebens, wenn gleichzeitig Schlagzeilen über das marode Straßennetz, Rekord-Staukilometer, fehlende oder langsame digitale Netze, insbesondere in Gewerbe- und Industriegebieten, und schleppende Verfahren und Umsetzung bei Infrastrukturprojekten die öffentliche Berichterstattung prägen. Wer Geschäfte mit der ganzen Welt machen will, wird nicht ernst genommen, wenn die heimische Infrastruktur nicht funktioniert.

Dies gilt in Nordrhein-Westfalen leider in zweierlei Hinsicht: Unser Land ist Stauland Nummer 1. Bei den gemeldeten Staustunden entfiel fast ein Drittel auf nordrhein-westfälische Autobahnen. Auch bei der Anbindung an schnelle Netze hinkt Nordrhein-Westfalen hinterher: 90 % der Gewerbegebiete sind nicht an schnelle Netze (≥ 50 Mbit/s) angeschlossen.

Der Instandhaltungs- und Neubaurückstand in all diesen Bereichen ist ein großes Projekt der nächsten Jahrzehnte. Wichtig ist dabei, dass Gas gegeben wird statt gebremst. 2015 lagen die investierten Mittel unter Rot-Grün gerade einmal bei 737 Millionen Euro. Voraussetzung für den Mittelabruf sind baureife Planungen. Dafür steht die CDU. Dies hat sie in ihrer Regierungszeit 2005 bis 2010 beim Abruf der Bundesmittel für den Straßenbau bewiesen.

Damit unser Land seine Infrastruktur erhalten und ausbauen kann, fordern wir, die Nutzung europäischer Fördermittel hierfür zu ermöglichen. Die Landesmittel für die Ausweitung des Landesstraßenbaus und die Anbindung von Gewerbegebieten müssen ausgeweitet werden. Wichtige Lückenschlüsse müssen endlich auch mit klaren politischen Bekenntnissen und Druck befördert werden.

Auch in NRW spielt die Automobilindustrie eine wichtige Rolle. Weitere Technologieentwicklung, der Ausbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur und entsprechende Abrechnungssysteme könnten der Elektromobilität zum Durchbruch verhelfen, wodurch – quasi als Mitnahmeeffekt – auch die Schadstoffemissionen in den Städten deutlich sinken könnten.

Sicherheit ist Voraussetzung für Wirtschaft und Jobs

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen leiden unter hohen Einbruchszahlen, den beängstigenden Eindrücken der Silvesternacht und der Sorge um eine schlecht ausgestattete Polizei. 2015 verzeichnete unser Land 62.262 Wohnungseinbrüche. Das sind 39 % mehr als 2010.

Sicherheit heißt aber nicht nur, vor Einbrüchen und Straftaten bestmöglich geschützt zu werden, sondern auch das Gefühl zu haben, dass der Staat die richtigen Schwerpunkte setzt. Der regelmäßige Blitzmarathon ist das schlechteste Beispiel dafür.

Die Krone wird in unserem Land noch durch eine rot-grüne Initiative für ein eigenes Unternehmensstrafrecht aufgesetzt. Wenn Unternehmer und Bürger sich dem dauernden Verdacht krimineller Bestrebungen ausgesetzt fühlen, kann man auch daran eine Standortentscheidung knüpfen. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen hier ein anderes Image bekommt.

III. Einsatz für Nordrhein-Westfalen

Ministerpräsidenten unseres Bundeslandes haben in der Vergangenheit die Interessen Nordrhein-Westfalens kraftvoll vertreten. Heute wird mit nordrhein-westfälischer Enthaltbarkeit auf der Berliner Bühne kokettiert. Das muss sich ändern. Andere - oftmals kleinere - Bundesländer vertreten ihre Interessen deutlich stärker. Sie erarbeiten sich einen Wettbewerbsvorteil. Wir fordern für die Zukunft ein neues Selbstbewusstsein und eine neue Anstrengung bei der Interessensvertretung unseres Landes ein.

In den beschriebenen Handlungsfeldern haben wir deutlich gemacht, dass Nordrhein-Westfalens Chancen nicht nur in Düsseldorf vergeben oder genutzt werden:

- In der Energiepolitik brauchen wir endlich massive Einflussnahme der nordrhein-westfälischen Landesregierung, um nicht zu einem reinen Energie-Transitland zu werden.
- Wir wollen nicht nur ein klares Bekenntnis zugunsten des Braunkohletagebaus seitens der Landesregierung bis zur Landtagswahl, sondern die Verlässlichkeit dieses Bekenntnisses für die Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Nur so kann NRW ein energiepolitisches Schwergewicht bleiben.
- Steuer- und finanzpolitisch muss NRW mehr können, als Steuerflucht zu beklagen. Wir müssen als größtes Bundesland in Grenznähe Initiativen starten, um eine stabile und wirtschaftsfreundliche Steuerlandschaft in Deutschland zu garantieren:
Es kann nicht sein, dass bei der Erbschaftsteuer nur Bayern die Interessen der Familienunternehmen verteidigt.
- Wir wollen in Berlin eine Innovations- und Forschungspolitik unterstützen, die unserem Standort NRW nutzt.
- Wir wollen eine Sicherheitspolitik befördern, auch durch unsere Rolle im Bundesrat, die Bagatellisierung – vom Diebstahl bis zum Kapitaldelikt – entgegenwirkt.
- Wir wollen in Brüssel und Berlin für unsere erfolgreichen Systeme im Handwerk, der beruflichen Ausbildung, in den Freien Berufen, der Kammern, der Genossenschaften, der Regionalbanken, u.v.m. öffentlich sichtbar, laut und mit hörbarem Einsatz streiten.

Die Interessen Nordrhein-Westfalens waren in der Geschichte der Bundesrepublik immer wichtig und gestalteten manches Mal Bundes- und Europapolitik. Wir wollen, dass dies wieder so wird.

IV. Politik macht einen Unterschied

„NRW kann mehr“ – Das Land wird nur schlecht regiert. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen wieder der beste Wirtschaftsstandort Deutschlands ist. Dabei leiten uns unsere Grundwerte als Christdemokraten. Bis in die 90er Jahre waren, laut RWI, die Folgen des Strukturwandels im Wachstum des Landes ablesbar. Danach verzeichnete Nordrhein-Westfalen sehr unterschiedliche jährliche Entwicklungen. Das zeigt, dass der aus dem Rückgang der Schwerindustrie resultierende Strukturwandel überwunden ist. Die jetzige Wachstumsschwäche hat damit nichts mehr zu tun. Sie hat neue Ursachen, zum Beispiel eine Landesregierung, die sich nicht einig ist, ob Nordrhein-Westfalen ein Industrieland bleiben soll oder nicht, und eine Landespolitik des Misstrauens und der Überregulierung gegenüber Wirtschaftenden. Politik macht einen Unterschied. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Unternehmen unseres Landes.

Wirtschaftliche Verantwortung zeigt sich darin, dass die Menschen in die Lage versetzt werden, auf eigenen Füßen zu stehen und sich erfolgreich etwas in diesem Land aufzubauen und dann in Wohlstand zu leben. Wir wollen sie unabhängig von Transferleistungen machen.

Politik muss wirtschaftliche Veränderungsprozesse erkennen, aufgreifen und ermöglichen, nicht nur beklagen.

Politik muss gute Rahmenbedingungen schaffen, um die Stagnation zu überwinden und zu den führenden Bundesländern aufzuschließen.

Wir bekennen uns zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen als starker Teil unseres Wirtschaftsstandortes. Wir trauen uns zu, die Wachstumslücke zu schließen und den Wachstumsrückstand auf andere Bundesländer sukzessive aufzuholen.

Die Rolle des Staates muss nicht per se eine geringere sein. Aber sie muss neu ausgerichtet werden: Statt zu reglementieren, muss er Kreativität und Wachstum ermöglichen.

Wohlstand entsteht aus Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Dynamik. Das Gefühl, in einem aufsteigenden Bundesland zu leben, zu wirtschaften und zu arbeiten, kommt allen Menschen in unserem Land zu Gute. Nur Wirtschaftswachstum gibt die Möglichkeit zur Bewältigung vielfältiger Herausforderungen. „Wachstum wirkt!“